

Liezen, 16. März 2023

Presseinformation UBV Steiermark – Bezirk Liezen

1

GAP NEU = Bittere Ernte für die Bauern

Der UBV lehnt die aktuell geplante GAP 2023 – 2027 komplett ab.

Die Bauernvertretung begrüßt das Ergebnis einer GAP neu, welches den Bauern die Existenzen nimmt! Warum akzeptiert die Bauernvertretung, dass Auflagen, Bürokratie und Kontrollen steigen, die Bespitzelung zunimmt, mehr Leistung gefordert wird und der Bauer bekommt weniger bezahlt?

Die neue GAP wird ein noch größeres Desaster als befürchtet

Als Minister Norbert Totschnig im Rahmen einer sogenannten Versorgungstour die GAP mit präsentierte, wurde klar: Die neue GAP steckt voller Hürden und Fallen. Es wird nicht besser, sondern vielfach deutlich schlimmer und ärger, als dies bisher zu befürchten war. Die UBV-Sichtweise, dass die GAP (Gemeinsame EU-Agrarpolitik) längst gescheitert ist und es dringendst neue Wege in der Agrarpolitik braucht, wurde mehr als nur bestätigt. Da mögen manche herumeiern wie sie wollen. Die Bauern kommen vom Regen in die Traufe.

Der UBV hat die dringend notwendigen Korrekturen an der GAP, damit Bauern wirtschaftlich wieder Perspektive haben, mit konkreten, umsetzbaren Vorschlägen aufgelistet. Siehe bitte dazu die Beilage „Offener Brief“ an den Agrarminister und die Kammerpräsidenten.

Bespitzelung, Kontrollen, Kontrollen, Auflagen, Auflagen und dafür weniger Geld

Die Bauern müssen sich auf noch deutlich mehr Kontrollen einstellen.

Unter dem Stichwort Digitalisierung schafft man über den so genannten Agraratlas <https://agraratlas.inspire.gv.at> eine lückenlose Erfassung mit allen Eckdaten inklusive „öffentliche“ Gelder. Die Bauern werden weiter öffentlich vorgeführt, wenn es um staatliche Gelder geht. Bei jeder anderen Berufsgruppe oder Nutzung von staatlichen Geldern z.B. im Wohnbau hüllt man der Mantel des Schweigens. Bei Anfragen dazu erntet man seitens der Bauernvertreter nur betretenes Schweigen.

Wo ist der Markt für die kaum mehr erfüllbaren Standards bei der Tierhaltung?

Betretens Schweigen seitens der Politik gibt es auch auf die Frage, „wo ist der Markt für z.B. Produkte aus der Schweinehaltung“, bei der seitens von NGOs, Politik und Medien täglich höchste Tierstandards bei der Haltung eingefordert werden.

Gleichzeitig kauft man im LEH – Lebensmitteleinzelhandel die am billigsten angebotenen Lebensmittel. Diese kommen dann vielfach aus dem Ausland! Um klar festzuhalten: Ja, wir sind für bestmögliche Standards in der Tierhaltung. Wir leben mit den Tieren, wir lieben sie und wir verdienen vielfach damit unseren Lebensunterhalt. Wir brauchen aber auch Einkommen, damit wir leben und investieren können.

2

Gleiche Spielregeln für Importwaren fehlen – wir brauchen also neue, andere Spielregeln

Die Schweinehalter wollen sofort umstellen. Grundsätzlich sind alle Tierhalter bereit, zu optimieren. Doch wo ist der Markt bzw. wo sind die Kunden, damit die enormen Kosten für den Stallumbau oder Neubau verdient werden können?

Und: Wo sind die Spielregeln für Importwaren?

Wir fordern daher, dass nur solche Waren im Regal des LEH stehen dürfen bzw. verkauft werden dürfen, welche die gleichen Standards wie Vorgaben in der Produktion haben, wie wir hier. Die immer wieder auch auftretenden Probleme bei Tierhaltungsfragen sind ja das Ergebnis von schlechten, untauglichen wie unfairen Spielregeln. Die Auflagen, die unseren Bauern auferlegt bekommen, müssen alle Anbieter haben. Daher sind alle Lebensmittel Importe streng zu überprüfen und gleiche Spielregeln müssen per Gesetz fixiert werden.

Enteignung für Photovoltaik auf Agrarflächen?

Wir brauchen Vorrangflächen für die Erzeugung von Lebensmitteln!

Zur aktuell geführten Diskussion über von der Landesregierung verordnete Flächen für die Photovoltaik ist aus unserer Sicht der Ansatz komplett falsch. Wir lehnen die geplante Enteignung von Bauern, deren Agrarflächen von der Landesregierung ohne Einverständnis der Bauern als Photovoltaik Flächen ausgewiesen wurden, so komplett ab.

Wir brauchen grundsätzlich die Böden für die Erzeugung von Lebensmittel. Daher fordern wir Vorrangflächen für die Lebenserzeugung. Diese müssen per Gesetz geschützt werden, verbunden mit der gesetzlich gesicherten Wassernutzung. Wer von Versorgungssicherheit, regionaler Produktion, Klimafragen usw. spricht, der muss es auch in der Praxis leben. Es kann nicht sein, dass man unsere Böden gnadenlos zubetoniert oder zupflastert, und dann kartt man Lebensmittel aus aller Herren Länder heran.

Wenn Agrarflächen für andere Nutzungen als die Erzeugung von Lebensmittel verwendet werden sollen, dann muss auch der Grundeigentümer mit Investor sein. Wir wollen die Bauern dann in einer aktiven Rolle sehen. Aber es muss immer die Entscheidung des Bauern bleiben und kein Diktat von oben/der Politik.

Unabhängiger Bauernverband



Industriebrachflächen, Parkplätz, öffentliche Gebäude usw.

Bevor aber fruchtbares Ackerland oder Grünland verschwendet wird, gibt es ausreichend Flächen an Industriebrache, die bereits versiegelt sind, aber nicht genutzt werden. Österreichweit sind dies rund 40.000 Hektar. Dort ist z.B. die Photovoltaik eine Option.

Oder die tausenden Hektare an Parkraumflächen bei Supermärkten, öffentlichen Gebäuden usw. die auch bereits versiegelt sind und für die Erzeugung von Lebensmittel verloren sind.

Wer mit Hausverstand an die Sache herangeht, der wird auch Lösungen finden, die nicht nur Schäden anrichten oder einseitige Nutzen bringen. Bei diesen genannten Flächen ist die derzeit zum Teil noch völlig schlecht entwickelte Infrastruktur beim Leitungsbau in dezentralen Regionen oder am Land vorhanden. Daher brauchen wir – um beim Strom zu bleiben, auch eine Ausbauoffensive für den Leitungsbau. Das ist wichtiger, wie die sogenannte Breitbandinitiative. Wenn wir keinen Strom am Land haben, nutzt auch das Breitband nicht.

LKR Johann ILSINGER, Obmann UBV Steiermark
BKR Christine LANDL
BKR Harald BUCHSTEINER

„Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik“
Land- und Forstwirtschaft neu denken & handeln = ökosozial leben